



BLICK IN DIE GESCHICHTE

Karlsruher stadthistorische Beiträge

Nr. 118 · 16. März 2018

Arisierung in Karlsruhe

Das Möbelkaufhaus der Familie Kahn von Marco Wottge

Antisemitismus in der Weimarer Republik

Beim Flanieren durch die Karlsruher Innenstadt wird offensichtlich, dass nur noch wenige Bauten, von der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zeugen. Auch das Haus in der Waldstraße 22, in dessen Ladenlokal sich heute ein Teehaus befindet, präsentiert sich in einem modernen Anstrich und verbirgt damit die Spuren seiner Vergangenheit. Einer Vergangenheit die zum größten Enteignungsprozess in der Stadtgeschichte gehört: Die Geschichte der „Arisierung“ in der Zeit des Nationalsozialismus.

Bis 1933 befand sich in der Waldstraße 22 das Möbelkaufhaus Marx Kahn. Das Stammhaus der jüdischen Familie Kahn gehörte zu den größten Möbelhandlungen in Karlsruhe und entwickelte sich gut in der Weimarer Republik. Neben dem Möbelkaufhaus Marx Kahn übernahm die Familie 1930/31 ebenso die Möbelhandlung Baum & Co. in der Erbprinzenstraße 30. Der Jahresumsatz betrug etwa 1000 000 RM.

Infolge des Aufstiegs der NSDAP in Baden verstärkte sich auch der Antisemitismus gegenüber jüdischen Geschäftsleuten. Bereits Anfang der 1930er Jahre veröffentlichte „Der Führer“, das Sprachrohr der NSDAP in Karlsruhe und Baden, mehrfach antisemitische Schmähungen gegen die Inhaber des Möbelhauses Kahn. Die antisemitische Kampagne blieb nicht ohne Wirkung. Als Ferdinand Kahn zusammen mit seinen Söhnen Herbert und Werner am 6. August 1932 die Möbelfirma Fortuna GmbH gründete, ging der Umsatz bereits zurück. Zudem stellten Schuldner Anfang 1933 ihre Ratenzahlungen ein, so dass ein erheblicher Teil der Außenstände nicht mehr eingebracht werden konnte.



Ferdinand Kahn: In Nazideutschland entrechtet, ausgeplündert, deportiert, in Récébédou umgekommen.
Foto: GLA

Diskriminierung im Nationalsozialismus

Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten infolge der antisemitischen Hetze gesellte sich nach der sogenannten Machtübernahme eine rechtliche Diskriminierung. Im März 1933 sprach das Amtsgericht gegen Herbert Kahn eine sechswöchige Gefängnisstrafe sowie eine Geldstrafe von 1000 RM aus. Werner Kahn wurde wegen Betrugs zu vier Wochen verurteilt. Weiterhin ordnete das Gericht erstmals die Veröffentlichung des Urteils in einer Karlsruher Zeitung an.

Doch damit nicht genug: Am 16. März 1933 erteilte der Generalstaatsanwalt in Karlsruhe Weisung, im Prozess gegen die Inhaber der „berühmten Möbelfirma Kahn“ Berufung einzulegen. Die Urteile spiegelten die neuen Machtverhältnisse wider: Herbert Kahn erhielt nun eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten und Werner Kahn wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Des Weiteren entzog das Polizeipräsidium den Brüdern die Handelserlaubnis innerhalb des Deutschen Reiches und die Veröffentlichung des Urteils wurde auf zwei Karlsruher Zeitungen ausgeweitet. Noch bevor das Urteil am 27. Juni 1933 veröffentlicht wurde, lösten die Brüder die Möbelhaus Fortuna GmbH auf und traten in Liquidation. Sozial geächtet und ihrer beruflichen Zukunft beraubt, flüchteten Herbert und Werner Kahn nach Frankreich. Um seine Mutter Lina Kahn zu pflegen, kehrte Werner Kahn im Oktober 1934 wieder nach Karlsruhe zurück. Hier angekommen wurde er sofort verhaftet und verbrachte eine kurze Zeit im KZ Kislau.

Viele jüdische Bürger – so auch Ferdinand Kahn – verblieben im Deutschen Reich, weil sie hofften, dass sich die Zustände wieder normalisieren würden. Die Realität stand dieser Hoffnung entgegen: Ob im Kulturleben, in öffentlichen Einrichtungen, in Gaststätten, „deutschen“ Geschäften oder Verkehrsmitteln – überall setzte sich die Ausgrenzung jüdischer Bürger fort. Die Nürnberger Rassengesetze von 1935 markierten den vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung, indem sie Juden zu Mitbürgern minderen Rechts deklassierten und die Beziehung zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Bürgern kriminalisierten.

Parallel zur sozialen Isolation schritt die wirtschaftliche Ausschaltung voran: Der Boykott gegenüber jüdischen Firmen, Berufsverbote und die sinkende Zahlungsmoral „arischer“ Schuldner bedrohten viele jüdische Gewerbetreibende in ihrer Existenz. Insbesondere die Stadtverwaltung, das Polizeipräsidium Karlsruhe und die IHK Karlsruhe behinderten jüdische Gewerbetreibende nach Möglichkeiten. Weil Werner Kahn der Handel im Inland verboten war, suchte er durch Auslandsgeschäfte seinen Lebensunterhalt zu sichern und beantragte beim Polizeipräsidium den dafür nötigen Auslandspass.

Die IHK Karlsruhe und der Polizeipräsident lehnten das Gesuch im Dezember 1935 ab, da es den Interessen deutscher Firmen widersprach – lediglich für die Auswanderung sollte ihm der Auslandspass genehmigt werden. Obwohl ihm 1937 überraschenderweise die Reise in mehrere



1890 – 1982

Foto: Schlesiger, Stadtarchiv

Elsa Winkler-Dentz

Der Grötzingener Malerkolonie gehörten mit Margarethe Hormuth-Kallmorgen, Jenny Fikentscher (geb. Nottebohm), Getrud Stamm-Hagemann und Elsa Winkler-Dentz auch vier Künstlerinnen an. Während Blumenstillleben von Hormuth-Kallmorgen und grafische Arbeiten von Fikentscher regelmäßig in Ausstellungen der Städtischen Galerie präsentiert werden und die Künstlerinnen dadurch im Bewusstsein der Karlsruher Bevölkerung geblieben sind, gerieten die Namen von Stamm-Hagemann und Winkler-Dentz, die der zweiten Generation der Kolonie zugerechnet werden, nahezu in Vergessenheit.

Die am 21. Januar 1890 in Bretten geborene Elsa Dentz kam bereits als Kind mit ihrer Familie nach Karlsruhe. Hier erhielt sie noch während der Schulzeit privaten Zeichen- und Malunterricht. Nach einer Ausbildung an der Kunststickereischule des Badischen Frauenvereins eröffnete sie 1910 in der elterlichen Wohnung, Lessingstraße 26, ein eigenes Atelier für Stickerei. Nach der Heirat mit dem Kunstmaler Johann Winkler 1911 richteten sie und ihr Mann noch im selben Jahr im Erdgeschoss der Lessingstraße 26 eine „Kunst-Stickerei-Werkstätte“ für Kurbel- und Handstickerei in allen Techniken nach eigenen Entwürfen und Aufzeichnungen aller Art ein. Einen Schwerpunkt bildete die Kleiderstickerei, die im Zuge der Reformkleid-Bestrebungen sehr gefragt war. Neben individuell entworfene Dekors für Damengarderoben fertigte die Werkstatt künstlerisch gestaltete Wandbehänge, Zierkissenbezüge, Überwürfe und Stickbilder an. Winkler-Dentz ging bei ihren Entwürfen stets von der Natur, besonders der Pflanzenwelt, aus und entwickelte durch Wiederholung, Zuordnung und Verflechtung fantasievolle ornamentale Muster. Der Werkstättenbetrieb lief in den ersten Jahren mit bis zu 15 beschäftigten Stickerinnen sehr gut. Zu den Kunden zählte auch der badische Hof.

Der Erste Weltkrieg führte 1916 zur Geschäftsschließung. Von 1917 bis 1920 lebte die dreiköpfige Familie in der Augustenburg in Grötzingen. Dann zog sie nach Heidelberg, wo sich Elsa Winkler-Dentz wieder der Malerei zuwandte. Es entstanden Landschaften, Porträts und zahlreiche Blumenstillleben. Nach dem Tod des einzigen Sohnes im Zweiten Weltkrieg brach die Ehe mit Hans Winkler auseinander. Um ihren Lebensunterhalt zu sichern, lehrte sie in einem großen Stickerei-Atelier in Heidelberg Zeichnen, Malen und Entwerfen von Stickereimotiven. 1959 kehrte sie in ihr Grötzingener Elternhaus am Rosalienberg zurück. Dort schuf sie bis zu ihrem Tode am 2. September 1982 noch zahlreiche Bilder, hauptsächlich Aquarelle, nach einer eigenen, von Johann Wolfgang von Goethe hergeleiteten Farbenlehre. Anlässlich der Eingemeindung von Grötzingen nach Karlsruhe 1974 wurde die dortige Schillerstraße zu Erinnerung an die Künstlerin in „Winkler-Dentz-Straße“ umbenannt.
Katja Förster

Fortsetzung Seite 2

Länder gestattet wurde, blieben die Versuche in wirtschaftlicher Hinsicht erfolglos.

Arisierung und finanzielle Enteignung ab 1938

Die Gewaltextzesse in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 offenbarten jüdischen Mitbürgern nicht nur in welchem schutz- und rechtlosen Raum sie lebten, sondern besiegelten gleichfalls ihre wirtschaftliche Ausschaltung. Ab 1. Januar 1939 durften Juden keine selbstständige Gewerbetätigkeit mehr ausüben. Parallel zur wirtschaftlichen Ausschaltung kam es nach der Reichspogromnacht zur ersten kollektiven Enteignungsmaßnahmen gegenüber jüdischen Bürgern: der sogenannte Judenvermögensabgabe. 25% ihres gesamten Vermögens mussten deutsche und staatenlose Juden abgeben. Ferdinand Kahn überwies an Judenvermögensabgabe insgesamt 54 000 RM an die Oberfinanzkasse. Für Werner Kahn, lange schon ohne Einkommen, betrug die Abgabe hingegen „lediglich“ 3.750.

Nicht selten nutzten Unternehmer und Privatleute die Zwangslage ihrer jüdischen Mitbürger aus, um sich an ihrem Eigentum zu bereichern. Der Grundstücksverwalter Hess, Inhaber eines Treuhänderbüros, drohte Ferdinand Kahn mit der Einlieferung ins Konzentrationslager, sollte er den Verkauf seiner Grundstücke verweigern. In der Folge kaufte die Brauerei Schremp-Prinz das Hausgrundstück Waldstraße 22 mit einem Steuerwert von 85 000 RM für 60 000 RM. Sein verbliebenes Vermögen konnte Ferdinand Kahn nicht vor dem NS-Regime retten: Der Erwerb von Schmuck, Wertpapieren, Grundstücken etc. war jüdischen Bürgern ab 1938 verboten und ein Transfer des Vermögens ins Ausland wegen der sehr hohen Abgaben unrentabel.

Angesichts des stetig wachsenden Verfolgungsdrucks blieb vielen jüdischen Bürgern nur noch ein Ausweg: die Emigration. Diese hatte jedoch einen weiteren Vermögensverlust zur Folge. Die Reichsfluchtsteuer, welche ursprünglich die Kapitalflucht verhindern sollte, entwickelte sich unter dem NS-Regime zu einem Enteignungsinstru-



Veröffentlichung des Urteils gegen Herbert Kahn in der NS-Zeitung „Der Führer“ vom 27. Juni 1933. Foto: Stadtarchiv

ment – ein Viertel des steuerpflichtigen Vermögens mussten Emigranten abgeben. Als Werner Kahn 1939 seine Ausreise betrieb, zog das Finanzamt Karlsruhe 3 825 RM an Reichsfluchtsteuer von ihm ein.

Sein Vater, Ferdinand Kahn, blieb in Karlsruhe. Er war 1939 bereits 64 Jahre alt und glaubte womöglich nicht mehr an einen Neuanfang im Ausland. Der Verfügungsgewalt über sein Vermögen beraubt, musste Ferdinand Kahn die weiteren Enteignungsmaßnahmen des NS-Regimes über sich ergehen lassen. Unter anderem mussten Juden bis Ende März 1939 bis auf wenige Ausnahmen alle Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber sowie Perlen an die vom Reich eingerichteten öf-

fentlichen Ankaufsstellen abgeben. Ferdinand Kahn lieferte bei der Pfandleihanstalt Familienschmuck im Wert von über 100 000 RM ab. In der Regel vergüteten die Pfandleihanstalten weniger als den Materialwert der abgelieferten Gegenstände. Obwohl sich eine Quittung nicht erhalten hat, wird sowohl der immaterielle wie auch der materielle Schaden enorm gewesen sein.

Nach dem finanziellen Tod sollte der physische Tod folgen: Am 22. Oktober 1940 deportierte das NS-Regime alle jüdischen Bürger in Baden und der Pfalz in das Lager Gurs nach Südfrankreich. Die Betroffenen mussten innerhalb von zwei Stunden abmarschbereit sein und durften pro Person lediglich einen Koffer und 100 RM Bargeld mitnehmen, die Wohnungsschlüssel nahmen Gestapobeamte an sich. Während Ferdinand Kahn in einem französischen Lager inhaftiert war, „verwerteten“ die NS-Behörden die zurückgelassenen Vermögenswerte. Vorhandenes Bargeld, Bank- und Sparguthaben wurden eingezogen; Hypotheken, Wertpapiere und Aktien in Sperrdepots überführt; und der Hausrat in der Regel versteigert. Den Wert der Wohnungseinrichtung der Eheleute Kahn mitsamt zahlreichen Kunstwerken bezifferte Werner Kahn nach dem Krieg auf mindestens 200 000 RM. Wer und zu welchem Preis die Gegenstände erwarb, ist nicht überliefert. Belegt sind hingegen die Auflösungen der Konten Ferdinand Kahns im Februar 1943 und die Überweisung der angesparten 39 993,98 RM an die Oberfinanzkasse Karlsruhe. Dieser letzte Schritt der Enteignung fand nicht mehr zu Lebzeiten Ferdinand Kahns statt – er starb am 3. Mai 1941 im südfranzösischen Lager Récébédou.

Die Geschichte des Möbelhauses Kahn verdeutlicht zweierlei: Zum einen offenbart sie den ganzheitlichen Charakter des Arisierungprozesses und zum anderen belegt sie beispielhaft, dass die „Arisierung“ nicht wie vielfach angenommen erst 1938 beginnt, sondern bis in die frühen 30er Jahre zurückreicht und auch nach dem Tod der Betroffenen weiterging.

Der Autor erarbeitet derzeit eine Dissertation zur Arisierung in Karlsruhe, die 2019 vom Stadtarchiv Karlsruhe herausgegeben wird.

Stadtplanung in Karlsruhe 1975 – 2000 (Teil 1)

Stadterneuerung und Stadtbau von Harald Ringler

Der sich seit den 1970er Jahren abzeichnende „städtebauliche Paradigmenwechsel“ manifestierte sich in den nächsten Jahrzehnten unter anderem durch den langsamen, aber zunehmenden Bedeutungsgewinn für die Stadterneuerung und den Stadtbau sowie der Einführung der Bürgerbeteiligung. Das Europäische Denkmalschutzjahr 1975 hatte in Karlsruhe insbesondere durch die stark beachtete Ausstellung „Die stille Zerstörung“ zur vermehrten Auseinandersetzung mit dem baulichen Erbe geführt. Die „Baulandproduktion“ hatte weiterhin eine hohe Priorität, insbesondere in den eingemeindeten Stadtteilen. Der starken Stadt-Umlandwanderung wollte man mit dem vermehrten Angebot von Eigenheimgrundstücken begegnen. Die Einwohnerzahl nahm zwischen 1975 und der Jahrtausendwende von 281 745 auf 267 959 ab. Auch die Karlsruher Kommunalpolitik war in diesen Jahren einem starken Wandel unterworfen. 1980 verlor die CDU die absolute Mehrheit im Gemeinderat und die GRÜNEN zogen in das Gremium ein.

Gesamtstädtisch bedeutsame Planungen

Die vielfältigen funktionalen Beziehungen innerhalb der Großstadtreionen erfordern bis heute administrative und planerische Formen der Zusammenarbeit. In Baden-Württemberg führte ein erster Schritt 1974 zur Bildung von Stadt-Umlandverbänden, den Nachbarschaftsverbänden mit der Aufgabe eines gemeinsamen Flächennutzungsplans als Vorbereitung von Bebauungsplänen. 1985 lag für Karlsruhe und den 10 benachbarten Gemeinden der erste genehmigte Plan vor.

Die gesamtstädtische Verkehrsplanung beruhte auf einem, 1982 fertig gestellten, aber nicht beschlossenen Generalverkehrsplan. Die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) spielte dabei eine bedeutende Rolle und ent-

wickelte sich zu einem Erfolgsmodell durch den Ausbau des Schienennetzes innerhalb der Stadt und in die Region. So erreichte die Nordbahn 1986 Leopoldshafen. Sechs Jahre später ermöglichten neu entwickelte Zweisystemfahrzeuge das Befahren der Bundesbahnleihe. Damit war auch die Verknüpfung mit dem Straßenbahnnetz möglich. Die zunehmenden Beeinträchtigungen der Wohnquartiere durch den Autoverkehr führten zu „verkehrsberuhigten Zonen“ und Tempo-30-Straßen.

Nach 25 Jahren Bauzeit wurde 1988 die 14 km lange Südtangente zwischen dem Zündhütte im Osten bis zum Rhein im Westen fertig gestellt. Die Einhausung des Teilstückes zwischen Beiertheim und Bulach und deren Gestaltung als öffentliche Grünfläche kann aus städtebaulicher Sicht als ein Glanzstück dieses Projektes gesehen werden. Für das Projekt einer Nordtangente als nördliche Um-

fahrung der inneren Stadt begann mit der Ablehnung der damaligen Planung durch den Gemeinderat 1980 bereits dessen Ende. Planungsrecht existiert seit 1994 nur für den Ostteil, von der Autobahn bis zur Theodor-Heuss-Allee. Die Weiterführung nach Westen bis zur B 36 ist inzwischen obsolet geworden. Die bereits gebaute Straßenbahnbrücke in Neureut über die damals aktuelle Trasse ist nun ein „Denkmal“ an ein aufgegebenes Straßenprojekt.

Sanierungsgebiete und Konversionsflächen

Die Ursache der „Stadtflucht“ war nicht nur der Traum vom Eigenheim im Grünen. Das Leben in der inneren Stadt schien vor allem jüngeren Familien mit Kindern nicht sehr attraktiv. Vernachlässigte Altbausubstanz, Belastungen durch den Autoverkehr und nicht zuletzt unattraktive öffentliche Räume bestimmten die Lage in den älteren Quartieren. Langsam führten die Missstände zu politischen Initiativen.

Die Durlacher Altstadt wurde 1984 Sanierungsgebiet. Die wichtigsten Ziele des 20 Jahre andauernden Vorhabens waren die Sicherung und Modernisierung der baulichen Substanz sowie die Neuordnung des öffentlichen Raums im Zusammenhang mit verkehrsberuhigenden Maßnahmen.

Das wohl bisher größte und schwierigste Sanierungsvorhaben Karlsruhes ist für die Altstadt, das „Dörfle“, zwischen 1971 und 1994 durchgeführt geworden. Über zwei Drittel der Fläche sind nach dem Abbruch der alten Baustruktur als Blockrandbebauung im Zuge der Flächensanierung neu entstanden. Im östlichen Drittel stehen noch zum großen Teil alte, durch die Objektsanierung modernisierte Gebäude. Diese Substanz erhaltende Art hat heute einen größeren Stellenwert als damals. Die damaligen generellen Sanierungs-



Schild der Initiative gegen die Nordtangente. Foto Ringler

ziele wie die Aufwertung des Quartiers als Teil des Citybereichs und die Schaffung eines innerstädtischen Wohnquartiers wurden trotz vieler organisatorischer, finanzieller und planerischer Schwierigkeiten erfüllt.

1989 startete die Sanierung für die Südstadt. Bis 2005 waren einige erfolgreiche private Maßnahmen zu registrieren wie das Baumeister-Carrée als eine Umwandlung (Konversion) von einer Spedition zum innerstädtischen Wohnquartier.

Ein umstrittenes Projekt für eine Tiefgarage unter dem Gutenbergplatz führte bei der Stadtverwaltung zu weiteren planerischen Überlegungen für das umliegende Quartier. 1997 begann der bis 2006 laufende Sanierungsprozess, erstmals von einem externen Büro für Kommunikation moderiert. Ziel war es auch, die dort lebenden unterschiedlichen Gruppen aktiv in das Projekt einzubeziehen.

Die Konversion von Flächen des Gewerbes, der Industrie, des Militärs sowie der Bahn eröffneten im Betrachtungszeitraum völlig neue Chancen für die Stadtentwicklung. Auf dem ehemaligen Stadtwärker-Gelände, wo 1846 das erste Gaswerk Karlsruhes stand, folgte die Umnutzung in die Nottingham-Anlage als öffentliche Grünanlage mit dem heutigen Theaterhaus, Konservatorium sowie Bauten für Verwaltung und Wohnen.

Das ehemalige Brauereigelände der Firma Binding in der Südweststadt zwischen Karlstraße und Beiertheimer Allee beherbergt seit Anfang der 1980er Jahre die gelungene innerstädtische Wohnanlage „Alter Brauhof“.

Die Verlagerung der Industriewerke Karlsruhe-Augsburg (IWKA) ins Umland war Anlass für vielfältige Planspiele auf dieser ca. 14 ha großen Industriebrache in der Südweststadt. Mit der Erweiterung der Straßenschlucht der Brauerstraße war auch eine Straßenbahntrasse möglich geworden. Der Neubau der Bundesanwaltschaft, der Arbeitsagentur, privater Unternehmen und eines Kinocenters definieren die neue westliche Straßenschlucht. Der Hallenbau stellt mit dem Zentrum für Kunst und Medien (ZKM), der staatlichen Hochschule für Gestaltung (HfG) und der Städtischen Galerie ein regionales bzw. internationales Kul-

turzentrum dar. Mit der Idee für das ZKM und die HfG verbunden war anfangs das 4,6 ha große, ehemalige Bahngelände südlich des Hauptbahnhofs. Denn diese Einrichtungen sollten hier angesiedelt werden, was an den hohen Kosten des Architektorentwurfs des niederländischen Büros OMA scheiterte. Auch in Durlach zeichneten sich in diesen Jahren städtebaulich bedeutsame Entwicklungen auf ehemaligen Industriearealen ab.

Für die flächenmäßig größte Konversion einer Bahnfläche in Karlsruhe wurden damals die ersten Weichen gestellt. Der 1991 durchgeführte Städtebauliche Ideenwettbewerb Karlsruhe-Südost-Gottesau war als planerische Vorbereitung für eine, später verworfene Bundesgartenschau 2001 gedacht gewesen. 1997 schloss das Ausbesserungswerk der Bahn in der östlichen Südstadt seinen Betrieb. Dadurch konnte endlich die Neutrassierung der östlichen Kriegsstraße, heute Ludwig-Erhard-Allee, begonnen werden. Unter der Bezeichnung Citypark entstand südlich davon ein Stadtquartier für circa 2.500 Wohnungen und eine Parkanlage. Nicht unweit dieses inzwischen fertig gestellten neuen Stadtbausteins begann ab 1997 die Realisierung des Ostauparks, heute Otto-Dullenkopf-Park. Die Verbindung zwischen den Grünräumen durch zwei Brücken über die Straßen steht leider noch aus. Der Freiraum, die spätere Umnutzung des benachbarten alten Schlacht- und Viehhofs zu einem Kultur- und Gewerbepark sowie der Ausbau der Musikhochschule um das, bis 1989 wieder aufgebaute Schloss Gottesau führten zu einer



Die Straßenschlucht der alten Brauerstraße von Norden aus gesehen 1981.
Foto: Schlesiger, Stadtarchiv

völligen Umwertung eines davor genutzten Gewerbe- und Industriebezirks in der Oststadt.

Weitaus größere Flächen als die der Bahn boten nach dem Abzug der französischen und amerikanischen Streitkräfte weitere Potenziale für die Stadtentwicklung. Ab 1991 stand die ehemalige Grenadierkaserne an der Moltkestraße für ein Landesbehördenzentrum zur Verfügung. 1995 verließ das amerikanische Militär Karlsruhe. Noch im selben Jahr nutzte die Stadt Karlsruhe mit dem Kauf des größten Teils der Amerikanersiedlung (Paul-Revere-Village) und des Areals der ehemaligen Forstner-Kaserne einschließlich der Kfz-Einrichtungen (Smiley-Barracks) durch die stadteigene Gesellschaft Volkswohnung diese große Chance. Aufstockungen, Anbauten und die Neubebauung der freigemachten Smiley-Barracks mit unterschiedlichen Haustypen bestimmten in den darauf folgenden Jahren den Wechsel zur zivilen Nutzung. Heute leben dort über 6.500 Menschen im Einzugsbereich einer Straßenbahnlinie und zahlreicher zentraler Einrichtungen.

Das Handelsschulwesen im Wandel

Die Walter-Eucken-Schule in Karlsruhe von Marco Wagner und Peter Soave

Die Anfänge des Handelsschulwesens in Karlsruhe reichen in das Jahr 1832, als die Handelsklasse am Polytechnikum in Karlsruhe offiziell zur Handelsschule ausgebaut wurde, die schließlich im Jahr 1865 aufgrund eines Organisationserlasses der Badischen Regierung wieder aufgelöst wurde. Am 10. April 1872 wurde nach Beschluss des Gemeinderates in der Ritterstraße 5 mit der „Handelsschule zu Karlsruhe“ eine von der Handelskammer unterstützte Fortbildungsschule für Handelslehrlinge eingerichtet, die zunächst über drei Klassen verfügte. 1889 bezog die Handelsschule das „schöne, neue Schulhaus“ in der Gartenstraße 22.

Das kaufmännische Schulwesen in Karlsruhe entwickelte sich entsprechend den Anforderungen der Wirtschaft zusehends weiter. Einen hohen Zuwachs an Schülern erfuhr das Handelsschulwesen, als mit Beginn des Schuljahres 1902/1903 alle in Karlsruhe beschäftigten Handelslehrlinge unter 18 Jahren zum Besuch der kaufmännischen Fortbildungsschule verpflichtet wurden. Im Frühjahr 1926 wurde die Handelsschule II für Mädchen gegründet, die ihren Unterricht in der Gartenstraße 47 abhielt. Während bei der Handelslehranstalt II (heute Ludwig-Erhard-Schule) die Fachklassen für Industrie, Großhandel, Kontor, Zahnarzt-, Arzt-, Apothekenhelferinnen und Büroanlernlinge verblieben, übernahm die neue Handelslehranstalt III (heute Walter-Eucken-Schule) alle Einzelhandelsklassen. Am 15. April 1958 nahm die Handelslehranstalt III mit 1167 Schülerinnen in der Gartenstraße 47 und der Otto-Sachs-Straße 5 den Unterricht auf.

Die Walter-Eucken-Schule von 1962 bis heute

Die Gebäude der Handelslehranstalt III stammten aus den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts und konnten den gewachsenen Anforderungen nicht

mehr gerecht werden. Seitens des Schul- und Kulturreferates wurde dem Raumbedarf der Handelslehranstalt III besondere Dringlichkeit zugesprochen und 1962/63 von der Stadt Karlsruhe ein Neubau im Beiertheimer Feld vorangetrieben. Im Berufsschulzentrum waren dort bis dahin schon die Carl-Benz-Schule, Heinrich-Hertz-Schule, Carl-Engler-Schule sowie die Helene-Lange-Schule vertreten. Der fünfgeschossige und 13 Millionen Mark teure Neubau konnte am 26. Januar 1976 mit der Kaufmännischen Berufs- und Berufs-



Edith Eucken-Erdsiek und OB Otto Dullenkopf bei der Enthüllung der von Richard Engelmann geschaffenen Büste des Nationalökonomens Walter Eucken im März 1980. Foto Schlesiger, Stadtarchiv

fachschule in der Ernst-Frey-Straße 2 bezogen werden. Architektonisch standen Schlagworte wie Flexibilität, Variabilität und Mobilität im Vordergrund. Das bedeutete für den Bau, dass man den sogenannten „Unfertiggbau“ propagierte; durch versetzbare Montage-Zwischenwände sollte eine ständige Anpassung und Veränderbarkeit der Grundrisse möglich sein. Orientiert hatte man sich letztendlich an der Architektur im Hochschulbereich.

Zur gleichen Zeit wurde die Schule auf Beschluss des Stadtrats vom 15. Dezember 1976 nach dem bedeutenden Nationalökonom Walter Eucken benannt. Seine Büste schmückt seit dem 30. März 1980, sein 30. Todestag, die Aula des heutigen Altbaus. Bei der feierlichen Einweihung im Januar 1977 war neben zahlreichen Ehrengästen auch die Witwe des Namensgebers, Frau Edith Eucken-Erdsiek, anwesend. Mit dem Neubau, dem heutigen Altbau, wurde das Ausbildungsprogramm erweitert. Schon 1973 wurde dem Ausbau des naturwissenschaftlichen Bereichs zugestimmt. 1974 führte man die einjährige Berufsfachschule – Oberstufe – für die öffentliche Verwaltung ein. Zwei Jahre später folgte das kaufmännische Berufskolleg I und 1976 das Berufskolleg II mit dem Abschluss Wirtschaftsassistent und der Erlangung der Fachhochschulreife. Die ersten 500 Absolventen konnten im Sommer 1977 verabschiedet werden. Die Schulart Berufskolleg wurde seitdem stets weiterentwickelt. So wurde 1991 beispielsweise das Bildungsangebot ergänzt mit dem Dualen Berufskolleg für Abiturienten, welche dann die Schule als Handelsassistenten verlassen konnten. Zwischenzeitlich wurde die Abschlussprüfung des Berufskollegs durch eine zentrale Klassenarbeit ersetzt, jedoch später wieder eingeführt.

Vor dem Hintergrund eines wachsenden europäischen Binnenmarktes wurde mit dem Berufskolleg Fremdsprachen seit dem Jahr 1995 und der

Fachschule für Europa-Betriebswirtschaft, vor allem Berufstätigen mit abgeschlossener Ausbildung und Abiturienten die Möglichkeit gegeben, sich für eine kaufmännische Europa-Karriere zu entscheiden.

Neue Akzente wurden im Jahr 1997/98 gesetzt, als die Berufsschule mit der Ausbildung von IT-Berufen begann. Gerade in diesem Bereich ist man am Puls der Zeit. Fortschritt sowie Dynamik sind hier bis heute – und auch wohl zukünftig – besonders zu spüren und stellen folglich eine besondere Herausforderung dar.

Das Gebäude aus den 1970er-Jahren war ursprünglich für ungefähr 1350 Schülerinnen und Schüler konzipiert, deshalb führten steigende Schülerzahlen schließlich dazu, dass im Jahr 2009 Planungen für einen Erweiterungsbau mit weiteren Unterrichtsräumen begannen. In dem bundesweiten Wettbewerb wurden Entwürfe von insgesamt 45 Architekturbüros diskutiert. In Freiburg fand man schließlich mit dem Architekturbüro Hotz den geeigneten Planer. Begonnen wurde 2012, jedoch sollte es mit einjähriger Verspätung bis Dezember 2016 dauern, ehe der neue Anbau offiziell eröffnet werden konnte. Insgesamt wurden 7,4 Millionen Euro in den lichtdurchfluteten und nachhaltigen Bau investiert. Mit modernster technischer Ausstattung und großzügigem Raum wurde man den neuen Anforderungen der Lehr- und Lernwelt gerecht.

Die Walter-Eucken-Schule – Ausblick in die Zukunft

Noch immer orientiert sich die Walter-Eucken-Schule an ihrer langen dualen Handelsschul-Tradition. Heute liegen die Schwerpunkte der Schule in der kaufmännischen Berufsschule mit Büromanagement sowie Einzelhandel und kaufmännischen IT-Berufen. Die Schülerschaft in diesen Bereichen ist hier am zahlreichsten vertreten. Gefolgt wird sie von den Schülerinnen und Schülern des kaufmännischen Berufskollegs, wo man entweder das einjährige Berufskolleg 1 besuchen kann und anschließend in das Berufskolleg 2 mit Abschluss Fachhochschulreife wechselt, oder gleich von Beginn an das Berufskolleg Fremdsprachen (Spanisch oder Französisch) oder Berufskolleg Wirtschaftsinformatik besucht, welche einen zweijährigen Bildungsgang anbieten, der



Die Walter-Eucken-Schule in der Ernst-Frey-Straße 2 im Jahr 1976.

Foto: Schlesiger, Stadtarchiv

bis zur Fachhochschulreife führt. Dass dem Praxisbezug besondere Wichtigkeit beigemessen wird, zeigt sich unter anderem in Berufskolleg 1 mit Übungsfirma oder Berufskolleg 2 mit Juniorfirma. Die Schülerinnen und Schüler haben hier die Möglichkeit, eine schulinterne Firma zu betreiben und so wichtige betriebswirtschaftliche Prozesse aktiv und praktisch zu erlernen. Im weiterbildenden Bereich gibt es die Fachschule für Wirtschaft, die zum/zur staatlich geprüften Betriebswirt/-in führt. Seit zwei Jahren werden außerdem sogenannte VABO-Klassen (Vorqualifizierungsjahr Arbeit und Beruf für Jugendliche ohne Deutschkenntnisse) angeboten, wobei hier ein Schwerpunkt auf dem Erwerb von Deutschkenntnissen liegt. Hier können die Lernenden nach der Übernahme ins Regel-VAB den Hauptschulabschluss erreichen. Für jede Schulart gibt es an der Walter-Eucken-Schule zusätzliche Qualifizierungsmöglichkeiten, die ein breites Spektrum abdecken.

Den Schülerinnen und Schülern soll weiter die Möglichkeit gegeben werden, von der internationalen Ausrichtung der Schule zu profitieren. Neben dem Sprachenlernen im Unterricht, nämlich Englisch, Spanisch, Französisch und Russisch,

pfllegt die Schule auch Kontakte zu externen Partnern und Institutionen nach Spanien, Frankreich, Polen und Russland. Regelmäßige Sprachreisen und Praktika, Schulungen im Diversity Management und in interkultureller Kompetenz runden das Angebot ab.

Ein Blick in die Zukunft kann vor dem Hintergrund der Digitalisierung gewagt werden und steht somit im Einklang mit dem Motto der Institution, nämlich „Neue Wege gehen“. Es werden bereits ganze Klassen, sogenannte Tablet-Klassen, mit modernster medialer Unterstützung unterrichtet. Die Schule möchte ein Vorreiter sein und hat mit den Projekt- beziehungsweise Fortbildungstagen „Wes 4.0“ im Herbst 2017 Baden-Württembergweit ein deutliches Signal in Richtung Zukunft gesendet. Modernität steht außerdem auch im Fokus der verwaltungstechnischen Aufgaben an der Schule. Die Walter-Eucken-Schule ist mit Einführung der Amtlichen Schulverwaltungssoftware eine Pilotschule in Baden-Württemberg. Nebst Digitalisierung steht individuelle Förderung im Fokus modernen Lehrens und Lernens, um dem Anspruch von Inklusion und Heterogenität in einer sich wandelnden Berufswelt und Gesellschaft gerecht zu werden.

Carlsruher Blickpunkte

Unbekanntes Porträt des Prinzen Max von Baden von Konrad Krimm

Prinz Max von Baden war der letzte Kanzler im Kaiserreich. Die dramatischen Tage seiner Berufung, die Parlamentarisierung der Reichsregierung, sein Kampf gegen die Oberste Heeresleitung und sein Scheitern am Kaiser jähren sich 2018 zum 100. Mal. Zu diesem Jubiläum hat das Generallandesarchiv Karlsruhe die Ausstellung „Der Wunschlose. Prinz Max von Baden und seine Welt“ erarbeitet. Sie wurde 2016 in Karlsruhe gezeigt (der Heimat des Prinzen bis zum Kriegsende), 2017 in Salem (seinem „Exil“ in den 1920er Jahren), und wird am 25. April 2018 am Ort seiner Kanzlerschaft, in Berlin, eröffnet, in der Landesvertretung Baden-Württemberg.

Was man bisher nicht wusste: Es existiert ein sensationelles, fast lebensgroßes Porträt des Prinzen, das kurz vor seinem Tod entstand, wohl 1928/29. Für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg ist es das einzige Gemälde überhaupt, das den gescheiterten Kanzler und Fürsten zeigt, in Zivil, schon vom Alter gezeichnet, aber mit klugen, in die Weite sehenden Augen. Der Maler war Hans Adolf Bühler. Er hatte als Schüler Hans Thomas Erfahrung im Porträtieren von Charakteren; anders als bei manchen seiner detailbesessenen Bilder konzentrierte er sich hier ganz auf die Physiognomie des Altkanzlers und überließ Figur und



Foto: Reinhard Morgenstern, Sponeck

Hintergrund einem eher freien Farbspiel. Bühler kannte den Prinzen offenbar schon länger. Das Porträt entstand noch in Bühlers Karlsruher Zeit; erst nach 1930 übersiedelte er mit seinem Atelier auf die Burg Sponeck am Kaiserstuhl. Sein Karlsruher Haus wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört, dabei ging wohl auch seine ältere Korrespondenz verloren, sodass wir über seinen Kontakt zum Prinzen wenig wissen.

Warum das Porträt offenbar nie das Atelier des Malers verlassen hat und über Jahrzehnte auf der Burg verwahrt wurde, ist noch nicht geklärt – aber seine Entstehung zeigt, wie unscharf historische

Klischees sein können. Bühler vertrat in der Weimarer Republik eine durchaus konservative, antimodernistische Richtung, 1933 richtete er in Karlsruhe die berühmte erste Ausstellung über „Regierungskunst von 1918 bis 1933“ aus, ein Vorspiel für die Propagandaschauen „entarteter Kunst“. Seit mindestens 1928 arbeitete Bühler mit Otto Wacker zusammen, dem späteren badischen Kultusminister. Prinz Max dagegen galt den Nazis als Vaterlandsverräter, als Liberaler und als „Judenfreund“. Als bei seinem Tod im Badischen Landtag seiner gedacht werden sollte, verließ die NS-Fraktion den Sitzungssaal. Trotzdem malte Bühler den Prinzen zur selben Zeit als „Sehenden“, als Lichtgestalt vor düsterer Wolkendramatik. Blieb das Porträt – Zeichen persönlicher Verbundenheit und wohl auch Verehrung – verborgen, weil es einen verfeimten Politiker darstellte? Immerhin wurde es noch 1931 in einem Werk über Bühler erwähnt, dann geriet es in Vergessenheit und wurde erst wieder 2017 in Bühlers Werkmonografie von Christina Soltani genannt.

Als bemerkenswertes Zeugnis des einstigen Hausherrn des Prinz-Max-Palais konnte der Förderverein Karlsruher Stadtgeschichte das Porträt jetzt erwerben; es wird zusammen mit bisher unbekanntem Innenaufnahmen des Palais aus der Zeit des Prinzen nach der Rückkehr aus Berlin in Karlsruhe im Stadtmuseum vorgestellt und in die Dauerausstellung integriert werden. Zunächst wird noch die fragile Oberfläche für die Berliner Ausstellung gereinigt und gesichert. Die Freiburger Restauratorin Barbara Drobinska-Sowula gibt damit dem badischen Prinzen und deutschen Kanzler ein „Gesicht“ zurück, wie man es bisher so nicht kannte.

Herausgeber/Redaktion: Dr. Manfred Koch
Herstellung: Badendruck
„Blick in die Geschichte“ online ab Nr. 61/2003
unter: www.karlsruhe.de/b1/stadtgeschichte/blick_geschichte/ausgaben.de